

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

36. Jahrgang / 22

2. Februar 1981

Gerhard Jahn MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, warnt vor einer neuen Variante der Unions-Blockadepolitik im Bundesrat: Auf gefährlichem Wege.
Seite 1/2

Heinrich Klein MdB würdigt Botschafter Gerhard Ritzel: Auf schmalen Grad.
Seite 3

Herbert Bermeitinger schildert, wie baden-württembergische Christdemokraten personelle Hilfe aus dem Bundesgebiet sehen: Politische KoStäuscherei?
Seite 4

Buchbesprechung
Herbert Wehner über Jeanette Wolffs Buch "Mit Bibel und Bebel".
Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Auf gefährlichem Wege

Die Mehrheit des Bundesrates mißbraucht Instrumente der föderativen Ordnung

Von Gerhard Jahn MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Die CDU/CSU-regierten Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben in der Bundesratssitzung vom 30. Januar 1981 ein bemerkenswertes Verfahren eröffnet.

Zu den Gesetzentwürfen der Bundesregierung über den Abbau von Subventionen und zur Erhöhung der Mineralölsteuer und Branntweinsteuer haben sie Entschließungsanträge im Bundesrat eingebracht und mit ihrer Mehrheit beschlossen. Darin werden zwar grundsätzliche Ausführungen über Vorstellungen der CDU/CSU zur Finanzpolitik erläutert und die Sparbeschlüsse der Bundesregierung im einzelnen kritisiert. Das, worauf es aber ankommt, Bundesregierung und Bundestag erkennen zu lassen, welche Lösungen die Mehrheit des Bundesrates aus der gesamtstaatlichen Verantwortung der Bundesländer vorschlägt, wird nicht sichtbar.

Mit dieser Verfahrensweise wird erneut mit einer seit Jahrzehnten im Bundesrat bewährten Übung gebrochen. Bislang war es die Stärke des Bundesrates, im ersten Durchgang der Beratung von Gesetzentwürfen klare, in Antragsform gebrachte



Stellungnahmen zu den einzelnen Punkten abzugeben. So konnte im weiteren Gesetzgebungsverfahren insbesondere in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages die Auffassung der Länder bedacht und beraten werden. Mit dieser guten Übung hat die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat zugunsten der Abgabe von allgemeinen Deklamationen gebrochen.

Dies ist in zweierlei Hinsicht fragwürdig. Einerseits wird wiederum kein finanzpolitisches Alternativkonzept der Unionsseite sichtbar. Es werden von der Bundesregierung Sparbeschlüsse gefordert, um sie sodann im Schwerpunkt alternativlos abzulehnen. So wird der Bundesrat seiner Verantwortung in der Sache nicht gerecht. Zugleich wird durch diese Haltung der Bundesrats-Mehrheit aber eine sinnvolle, auf die Sache bezogene Auseinandersetzung mit dem Deutschen Bundestag über die Argumente, über konkrete Vorschläge, Hinweise und Gedanken unmöglich gemacht. Die Unionsseite betreibt im Bundesrat Fortsetzung ihrer Blockadepolitik. Dies nenne ich Mißbrauch der Instrumente unserer föderativen Ordnung. Das Verfahren des Bundesrates hat zur Folge, daß der Deutsche Bundestag daran gehindert wird, eine Sachauseinandersetzung mit der Mehrheit des Bundesrates zu führen.

Dieser Sachauseinandersetzung kann der Bundesrat jedenfalls beim zustimmungsbedürftigen Subventionsabbaugesetz nicht ausweichen. Nachdem dies im ersten Durchgang nicht geschehen ist, muß sie im zweiten Durchgang, also erst nach dem Abschluß der Beratungen im Deutschen Bundestag stattfinden. Dann aber bleibt nur noch die nichtöffentliche Verhandlung im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat. Die öffentliche parlamentarische Diskussion wird verhindert. Weder Parlament noch Bürger werden am Ende erkennen können, wie und warum die Gesetze so ausfallen werden, wie ihr Ergebnis zeigen wird. Ist das Absicht? Scheut die Mehrheit von CDU/CSU im Bundesrat die sachliche und offene-öffentliche Auseinandersetzung? Soll so die fehlende Alternative "versteckt" werden?

Gleich, wie die Antworten ausfallen: Ein schlimmer Weg ist eingeschlagen worden. Schaden nimmt die parlamentarische Demokratie und ihre Glaubwürdigkeit. (-/2.2.1981/ks/ca)

+ + +



Auf schmalen Grad

Dank an Botschafter Gerhard Ritzel

Von Heinrich Klein

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die 52 Amerikaner, die 14 Monate in Geiselhaft waren, sind wieder in den USA. Die Entwicklung der letzten Wochen und öffentliche Äußerungen amerikanischer Stellen machten es leichter, auch von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland im Iran zu sprechen, die in den letzten Jahren auf schmalen Grad schwierige Aufgaben in Teheran zu bewältigen hatte.

In diesen Tagen packt Botschafter Dr. Gerhard Ritzel seine Koffer. Er wird im Februar die Leitung der deutschen Auslandsvertretung in Dänemark übernehmen.

Im Dezember 1980 kam der Berufs-Diplomat Gerhard Ritzel von der bisher heikelsten Mission seiner Laufbahn in die Bundesrepublik zurück. Es war vielleicht gar die schwierigste Aufgabe, die die deutsche Außenpolitik in den letzten Jahren zu vergeben hatte. Gerhard Ritzel war dreieinhalb Jahre lang Botschafter der Bundesrepublik in Teheran.

Der Diplomat, zuvor auf Auslandsposten in Indien, den USA, Norwegen und der Tschechoslowakei, erlebte im Iran noch einen Schah auf dem Höhepunkt seiner Macht; erfuhr den Niedergang des Monarchen, der in seinem Lande fast uneingeschränkt herrschte und der die Verbindungen zum Westen auch als Stütze seines Herrschaftsanspruches zu nutzen mußte.

Der Chef der deutschen Mission wurde Augenzeuge der islamischen Revolution mit ihrer bisher nicht absehbaren Folgen. Es war nicht nur der Bruch des Iran mit den USA und der Geiselnahme von 52 Botschaftsmitarbeitern. Es war auch der Niedergang der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Persien, die einst ein Volumen von elf Milliarden DM ausmachten. Heute umschließen sie nur noch wenige Millionen DM im Anlagegeschäft.

In schwieriger Situation, die kaum zu kalkulieren war, hat sich Gerhard Ritzel bewährt. Ihm ist mitzuverdanken, daß von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die rund 17.000 Bundesbürger und 5.000 Doppelbürger, die zur Schahzeit in Persien lebten, soweit sie es wollten, ohne größere Behelligungen in die Bundesrepublik zurückkehren konnten. Mit Umsicht wurden Rückführungsmöglichkeiten organisiert, Unterschiede zwischen Ost und West deutlich gemacht und die Qualität des westdeutschen Namens ins Spiel gebracht. Er genießt auch bei den gegenwärtigen Machthabern immer noch Anerkennung.

Wenn man von Tapferkeit in Friedenszeiten sprechen kann, so wurde sie zweifellos von den Mitarbeitern der Deutschen Botschaft in Teheran und ihrem Chef in den letzten Monaten bewiesen.

Vielleicht mag zum Engagement des deutschen Botschafters in Teheran auch sein persönliches Schicksal ein Schlüssel sein. Gerhard Ritzel mußte 1933 als Kind mit seinen Brüdern und seinen Eltern in die Emigration, zunächst ins Saargebiet, dann in die Schweiz. Für den Vater Gerhard Ritzel, blieb damals nur der Weg in die Emigration, wollte er nicht Freiheit und Leben riskieren.

Das eigene Erleben, einmal verfolgt, bedroht und ausgebürgert gewesen zu sein, schärfte mit Sicherheit auch das Bewußtsein, heute anderen - Deutschen, Amerikanern und verfolgten Mitbürgern - zu helfen, wenn sie in Not geraten. In schwierigen Situationen hat sich der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran, Dr. Gerhard Ritzel, bewährt.

Der Dank vieler sollte ihm sicher sein.

+ + +

(-/2.2.1981/ks/ca)
Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Politische-Roßtäuscherei?

Wie baden-württembergische Christdemokraten personelle Hilfe aus dem Bundesgebiet sehen

Von Herbert Bermeitinger

SPD-Sprecher in Rheinland Pfalz

Als vor mehr als zwei Jahren die Berliner CDU den in Bonn wohnenden, aber auf der Landesliste Rheinland-Pfalz kandidierenden Bundestagsabgeordneten Dr. von Weizsäcker nach Berlin holten, war für die Union alles klar: die Union in der alten Hauptstadt, personell seit langem ausgezehrt, hatte personelle Blutauffrischung nötig. Kritik kam nur auf, als Weizsäcker sein Bundestagsmandat für den rheinland-pfälzischen Kreis Alzey-Worms beibehielt und zeitweilig gleichzeitig Abgeordneter in Bundestag und Abgeordnetenhaus war. Inzwischen hatte sich die Situation insoweit geklärt, als von Weizsäcker 1980 ein Berliner Bundestagsmandat übernahm.

Was Christdemokraten aber für sich in Anspruch nahmen, das lassen sie - zumindest in Baden-Württemberg - für die FDP und Guido Brunner nicht gelten: daß der frühere EG-Kommissar am 5. Oktober über die Landesliste in den Bundestag gewählte Dr. Brunner jetzt als Bürgermeister und Wirtschaftssenator nach Berlin ging, ist für die CDU "politische Roßtäuscherei". Laut "Stuttgarter Zeitung" haben die CDU-Kreisverbände die Entscheidung Brunners für Berlin so kommentiert: "Mit seinem nächtlichen Davonschleichen nach Berlin hat Guido Brunner seinem Image des profilierten Vertreters eines exklusiven FDP-Zirkels von Glücksrittern und Postenjägern ein weiteres, zweifelhaft flackerndes Glanzlicht aufgesetzt."

Weiter werfen die Christdemokraten "zynischen Umgang mit dem Wählerwillen" vor und sehen darüber hinaus Gefahren für "unser politisches System", wenn Mandatsträger "im vorübergehenden Tiefflug ausgewählten Wahlkreis die erforderliche Stimmenzahl holen und das derart erschlichene Wählervertrauen zum Vehikel der Karriereabsicherung mißbrauchen". Herr von Weizsäcker wird gut daran tun, sich von dieser unwürdigen Betrachtungsweise klar und eindeutig zu distanzieren, wenn er und seine für Berliner Aufgaben avisierten CDU-Bundestagsabgeordneten - von Hessens Schwarz-Schilling zu den Rheinland-Pfälzern Blüm und Pieroth - sich nicht Roßtäuscherei und Erschleichung von Wählervertrauen vorwerfen lassen wollen. Denn daß von Weizsäcker keine rein Berliner Schattenregierung bilden kann, hat sich nicht nur längst herungesprochen - er selbst ist ein lebendiges Beispiel dafür.

(-/ 2.2.1981/hi/ca)



Buchbesprechung

Jeanette Wolff: Mit Bibel und Bebel - Ein Gedenkbuch, Verlag Neue Gesellschaft, 142 Seiten, 14,-- DM.

Dank durch Gedenken

Dieses Buch vermittelt nicht einfach Daten aus dem Leben von Jeanette Wolff von 1888 bis 1976. Es ist ein erregendes und bewegendes Buch vom Leben einer Frau in der Zeitspanne zweier Weltkriege.

Heinz Galinski hat als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin beim Abschiednehmen von dem, was sterblich war an Jeanette Wolff, von der Bewunderung gesprochen, die viele Menschen für sie empfunden haben, als sie nach dem Zweiten Weltkrieg wieder öffentlich wirken konnte: "Bewunderung, weil hier ein Mensch ein Beispiel dafür gab, wie man eigenes Leid und bittere persönliche Erfahrungen in den Hintergrund stellen kann, nicht auf Grund irgendwelcher Erwägungen der Zweckmäßigkeit ... Niemals kamen in ihr Gefühle der Unversöhnlichkeit auf, niemals hielt sie solche Regungen mit dem jüdischen Glauben für vereinbar ... Sie wurde in mehr als einer Beziehung zur Personifizierung des ewigen "Dennoch", das wie ein roter Faden die jüdische Geschichte durchzieht".

Mit Recht ist in Würdigung des Lebens und Wirkens von Jeanette Wolff an die Sätze des Rabbiners Dr. Leo Baëck erinnert worden. "Nicht der vollkommene Staat mit seinem vollkommenen Gesetz ist hier das eine, das nützt - der Mensch ist es mit seiner Tat, mit seiner Kraft, das Gute zu schaffen. Auch im Sozialen ist er die stärkste, eigentliche Realität, die Wirklichkeit, durch die erst das Gesetz seine Wirklichkeit erhält. Nicht so ist es, daß der neue Staat den neuen Menschen bringt, sondern so, daß durch den neuen Menschen die neue Gesellschaft wird, durch die sittliche Persönlichkeit die sittliche Gesellschaft."

Jeanette Wolff hat Herzen bewegt. Wenn sie Menschen erregt hat, so geschah es, damit das Gute in ihnen das Träge und Eigensüchtige überwinde. Selbst dort und dann, wenn sie politische Gegner standhaft an ihre eigentlichen mitmenschlichen Pflichten gemahnte, blieb sie Mahnerin und nicht Hasserin.

Die Geschichte ihres Lebens und Mühens nachzulesen aus ihren Erinnerungen, aus ihren Reden und aus dem, was andere aus ihrer mitmenschlichen, schwesterlichen Art, fertig zu werden mit Not und Elend, erfahren und gelernt haben, wird für viele ein Gewinn sein, für nicht wenige ein Erlebnis.

"Mit Bibel und Bebel" sind die autobiographischen Skizzen Jeanette Wolffs über die Lebensjahre 1888 bis 1945 überschrieben - von den Erinnerungen aus Elternhaus und Schule bis zu den schrecklichen Erlebnissen im "Dritten Reich" und im Zweiten Weltkrieg. "Mit Bibel und Bebel" wurde und blieb sie bewahrt vor "Babel". Und wer sich hineinliest in ihre Aufzeichnungen, ihre Erlebnisse und mitmenschlichen Hilfeleistungen, der wird Respekt empfinden für diese Frau, der es nicht auf "Ämter" und "Würden", sondern auf schwesterliches und mütterliches Wirken ankam.

Jeanette Wolff paßt in keine Schablone. Ihr kam es auch nicht darauf an, anderen Menschen eine Schablone aufzuzwingen. Die in diesem Band enthaltenen Briefe von Schülerinnen und Schülern berechtigen zu der Hoffnung, daß Menschen der heranwachsenden Jahrgänge Gewinn zur Gestaltung ihr eigenen Lebens aus der Begegnung mit Jeanette Wolff empfangen haben. Seitdem sie nicht mehr unter den Lebenden weilt und wirkt, möge das, was schriftlich Kunde gibt von ihrem Leben und Wirken, anderen Menschen helfen, nicht nur Jeanette Wolffs zu gedenken, sondern auch zu danken, indem sie in ihrem Geiste wirken.

Herbert Wehner
(-/2.2.1981/ks/ca)

